



Gabriele Schmidt
Mitglied des Bundestages

„Schmidts Berliner Brief“ 10/15

I. Das Wichtigste zuerst

1. Neues Gesetz - Verbesserung der Hospiz und Palliativversorgung

Mit dem geplanten Gesetz des Bundesgesundheitsministers Hermann Gröhe (CDU) zur Verbesserung der Hospiz- und Palliativversorgung in Deutschland soll ein flächendeckendes Hospiz- und Palliativangebot, insbesondere im ländlichen Raum, geschaffen werden, auch in den Altenpflege-Einrichtungen. Das Bundeskabinett hat den entsprechenden Gesetzentwurf bereits beschlossen.

Konkret soll u.a. die finanzielle Ausstattung stationärer Hospize durch Erhöhung des Mindestzuschusses sowie durch eine Erhöhung des Zuschusses zu den zuschussfähigen Kosten bei den stationären Hospizen für Erwachsene verbessert werden. Der Tagessatz je betreutem Versicherten wird von derzeit rund 198 auf rund 255 Euro erhöht, was einer Erhöhung um 25 Prozent entspricht.

Zu Gunsten der ambulanten Hospizdienste werden verschiedene Hemmnisse abgebaut. So werden bei der Förderung neben den Personalkosten auch die Sachkosten (z.B. Fahrtkosten ehrenamtlicher Mitarbeiter/innen) angemessen berücksichtigt. Vollstationäre Pflegeeinrichtungen und Einrichtungen der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen sollen ihren Bewohnerinnen und Bewohnern ein individuelles Beratungsangebot über Hilfen zur u.a. medizinischen und seelsorgerischen Betreuung in der letzten Lebensphase anbieten können.

Liebe Leserinnen und Leser,

herzlich willkommen zur aktuellen Ausgabe!

Mit Freude habe ich die bereits vor zwei Wochen gemachte Ankündigung unseres Bundesfinanzministers Dr. Wolfgang Schäuble, die [Kalte Progression](#) abbauen zu wollen, vernommen. Bei steigenden Löhnen soll mehr in der Tasche der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bleiben. Eine Gerechtigkeitslücke wird endlich geschlossen. Damit kommt der Minister einer langjährigen Forderung der Christlich Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) nach. Unser Einsatz hat sich für alle Bürgerinnen und Bürger gelohnt. Der SPD und den Grünen darf es nicht wieder gelingen, die Steuersenkung im Bundesrat zu verhindern!

Mit u.a. dem Thema barrierefreie Arztpraxen (S. 2) beschäftigte sich unsere Arbeitsgruppe diese Woche im Gespräch mit den behindertenpolitischen Sprechern der Länder.

Der zweitägige Besuch der Eidgenössischen Delegation im Deutschen Bundestag (S. 3) diese Woche gestaltete sich als äußerst produktiv. Dass es uns an den Themen mit unserem Nachbar nicht mangelt, wurde angesichts der vielen Programmpunkte und Diskussionsrunden mit u.a. dem Bundestagspräsidenten Prof. Dr. Norbert Lammert deutlich. Im Fokus stand insbesondere die Frage nach den Beziehungen der Schweiz mit der EU sowie grenzüberschreitende Themen.

Ich wünsche Ihnen Frohe Pfingsten!

Ihre

2. Bund-Länder-Klausurtagung zur Behindertenpolitik – Barrierefreie Arztpraxen und barrierefreier Notruf für Menschen mit Behinderung

Behindertenpolitische Sprecherinnen und Sprecher der CDU-Fraktionen bzw. der CSU-Fraktion der Länder berichteten unserer Arbeitsgruppe aus den Ländern. Barrierefreie Arztpraxen sowie barrierefreier Notruf standen im Mittelpunkt der dreistündigen Veranstaltung. Auf www.arzt-auskunft.de oder unter der **kostenlosen Service-Nummer 0800 7390099** (montags bis freitags von 9:00 bis 17:00 Uhr) können Bürgerinnen und Bürger u.a. barrierefreie Arztpraxen in ihrer Umgebung finden.

Die **Notrufruf App für alle Notfälle** wurde von Andreas Muchow, dem Ideengeber und Geschäftsführer vorgestellt. Auf www.app-sec.de können sich Interessierte für einen kostenlosen Test anmelden. Die sekundenschnelle Kontaktaufnahme mit der Polizei bzw. Feuerwehr erfolgt laut dem Unternehmen **ohne Anruf und ohne Sprache**. Gleichzeitig erfolgt eine Info an Vertrauenspersonen wie Familie, Eltern usw. Mich hat der Vortrag überzeugt und ich habe vor, die App auszuprobieren.



Werner Raab aus Ettlingen (s. Bild), Sprecher für Behindertenpolitik der CDU-Landtagsfraktion Baden-Württemberg, ging in seinem Bericht auf die Anforderungen an ein Bundesteilhabegesetz und auf die Rolle der Länder und Kommunen ein.

(Gabriele Schmidt MdB und Werner Raab MdL)

II. Die Woche im Parlament (Auszug)

1. Leiharbeit und Werkverträge – Anpassung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes

„Missbrauch von Werkverträgen und Leiharbeit verhindern“, heißt unser Ziel im Koalitionsvertrag. Insbesondere im geringqualifizierten Bereich kann das Instrument der Leiharbeit eine Chance zum Übergang in eine Festanstellung sein. Gleichzeitig besteht gerade hier die Gefahr des Missbrauchs. Wir brauchen ein modernes Arbeitsrecht, welches die Balance zwischen dem Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einerseits und einem guten Investitionsklima andererseits sichert.

2. Gesetz zur Regelung der Tarifeinheit. In zweiter und dritter Lesung haben wir das Gesetz, mit dem die Funktionsfähigkeit der Tarifautonomie dauerhaft gesichert werden soll, beschlossen. Unverändert bleibt, dass über die Verhältnismäßigkeit eines Streiks im Zweifel die Gerichte zu befinden haben, nicht der Gesetzgeber. Das Gesetz ist keine Antwort auf die aktuelle Streiksituation. Die beteiligten Ministerien haben den Gesetzentwurf intensiv geprüft und die Verfassungsmäßigkeit bescheinigt. Einige in unserer Bundestagsfraktion teilen

diese Auffassung allerdings nicht. Über meine Zweifel habe ich bereits in der letzten Ausgabe berichtet. (s. Ausgabe 9/15 [Berliner Brief](#)).

III. Sonstiges

Besuch der Eidgenössischen Delegation für die Beziehungen zum Deutschen Bundestag

Die Eidgenössische Delegation bestehend aus Nationalrätinnen, Nationalräten und einer Ständerätin, absolvierte diese Woche ein umfangreiches und spannendes Programm in Berlin, welches von meinem Kollegen und Vorsitzenden der Deutsch-Schweizerischen Parlamentariergruppe Thomas Dörflinger gestaltet wurde. Die Delegation wurde von Frau Dr. Kathy Riklin, Nationalrätin (CVP) und Präsidentin der Delegation für Beziehungen zum Deutschen Bundestag, angeführt. Ein Gespräch fand u.a. zum Stand der Energiewende in Deutschland und der Schweiz mit Energiepolitikern der Fraktionen des Bundestages statt. Die Schweiz hat 2011 den Atomausstieg beschlossen. Während in Deutschland bis 2022 alle Atomkraftwerke abgeschaltet werden sollen, wurde die Laufzeit der bestehenden Kraftwerke in der Schweiz nicht generell beschränkt. Die Frage nach der Entsorgung bzw. Lagerung des Atommülls wurde ebenfalls diskutiert. Völkerrechtlich ist jedes Land verpflichtet, den Müll in seinem eigenen Land zu lagern. Die Delegation warf die Frage auf, ob man eine gemeinsame Entsorgungsstrategie entwickeln könnte. Die Endlagersuche bzw. die Pläne der Schweizer, ihren Atommüll in Grenznähe zu lagern, bergen noch viel Diskussionsbedarf.

Die Annahme der Volksinitiative „gegen Masseneinwanderung“ und ihre möglichen Auswirkungen, zu denen ich bereits informiert habe (s. Ausgabe 5/14 [Berliner Brief](#)), stand im Mittelpunkt der Diskussion mit dem Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Berlin, Richard Kühnel. Derzeit laufen Gespräche der Kommission mit der Schweiz, wie das



Bild: Michael Hohenreuther

Problem gelöst werden könnte. Da das Referendum dazu geführt hat, dass das Freizügigkeitsabkommen mit den neuen Verfassungsbestimmungen nicht mehr vereinbar ist, müssen diese bis 2017 angepasst werden.

Im Gespräch mit dem Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesverkehrsminister Enak Ferlemann ging es um die Hochrheinbahn und den Bau der Rheinbrücke Waldshut-Koblentz, die von unserer Seite, aber auch vom Kanton Aargau, so Dr. Maximilian Reimann (SVP), favorisiert wird.

IV. Aktuelle Termine/Hinweise

1. Ausstellung Gundula Krause – Gel(i)ebtes Leben



Vom **22. Mai bis 3. Juli 2015** findet im **Kleisthaus, Mauerstraße 53, 10117 Berlin**, eine Ausstellung der Fotografin **Gundula Krause** statt. Gezeigt werden Fotografien von älteren Menschen mit einer sogenannten geistigen Behinderung, Menschen, von denen, obwohl sie Teil unserer Gesellschaft sind, die Mehrheit kaum Notiz nimmt. Mehr Informationen finden Sie [hier](#).

(Bild: Jürgen Fandrey (2010), Quelle: Gundula Krause)

2. Bürgersprechstunde



Ich lade alle interessierten Bürgerinnen und Bürger zu meiner nächsten Bürgersprechstunde **am Dienstag, dem 26. Mai, ab 17.00 Uhr, in die Hauptstr. 18, Waldshut-Tiengen**, ein!

Ich freue mich auf viele interessante Begegnungen und Gespräche! Hier finden Sie die nächsten Termine: [Bürgersprechstunde](#)

3. [Meine Termine der nächsten Tage im Wahlkreis \(Auswahl\)](#):

- 27. Mai:** • Besichtigung Schluchseewerk AG, mit Vorstand Dr. Nicolaus Römer
- 28. Mai:** • Besichtigung Bäckerei Fechtig: FU & CDU-Gemeindeverband Ühlingen-Birkendorf
- 31. Mai:** • Generalversammlung des Nachbarschaftsvereins Jung & Alt, Mauchen
- 01. Juni:** • Antrittsbesuch bei Bgm. Isolde Schäfer in Stühlingen
- 03. Juni:** • Antrittsbesuch bei Bgm. Volker Jungmann in Klettgau
- 07. Juni:** • Einweihungsfeier Kurhaus Bernau